

dabei vor allem um die Bündnispolitik. Die Wiederwahl von General Ramalho Eanes hat jene Tendenzen in der SP gestärkt, die immer mehr die Notwendigkeit gemeinsamer Aktionen aller demokratischen Kräfte für die Verteidigung der verfassungsmäßigen Ordnung erkennen. Die rechten Kräfte in der SP, die von ihrem Generalsekretär, Mario Soares, angeführt werden und die auf dem SP-Parteitag im Mai 1981 die Mehrheit der Delegierten stellten, orientieren dagegen auf eine Verständigung mit Kräften der „Demokratischen Allianz“, auf eine Unterstützung der Regierung Pinto Balsemão und auf eine mit diesen Kreisen ausgehandelte Verfassungsrevision.

Drittens: Gegen die Politik der Regierung entwickelt sich ein wachsender Widerstand. Die ersten Monate des Jahres 1981 waren von Massenkämpfen gekennzeichnet. Die Arbeitsniederlegungen haben ein bisher nicht gekanntes Ausmaß erreicht. Die unmittelbaren sozialen Forderungen werden immer mehr mit der Forderung nach Rücktritt der Regierung verbunden.

Die portugiesischen Kommunisten sind sich bewußt, daß eine demokratische Wende in der Politik ihres Landes nicht vom Himmel fallen wird. Dazu ist die weitere Entfaltung des Massenkampfes erforderlich. Die Präsidentschaftswahlen vermittelten auch in dieser Hinsicht wertvolle Lehren. General Ramalho Eanes wurde nach Einschätzung der PKP von einem „breiten sozialen Feld“ gewählt, dem große Teile der SP, die PKP, die Portugiesische Demokratische Bewegung (MDP), die Union der Demokratischen und Sozialistischen Linken (UEDS), die Unabhängige Sozialdemokratische Aktion (ASDI) sowie eine Vielzahl von unabhängigen Kräften und Persönlichkeiten,

darunter viele Katholiken, angehören. Die Partei unternimmt deshalb alle Anstrengungen, um die Einheit dieser Kräfte herzustellen und die bestehenden Einheitsorganisationen wie die Gewerkschaftszentrale CGTP-Inter-sindical Nacional, die Frauen- und Jugendorganisationen sowie die Bauernorganisationen zu stärken.

Die Feierlichkeiten zum Jahrestag des Sturzes der faschistischen Diktatur am 25. April, die Kundgebungen und De-

monstrationen am 1. Mai 1981 und die politisch breite Bewegung gegen die Stationierung von Kernwaffen und gegen die verstärkte Einbeziehung des Landes in die aggressive Politik des Imperialismus sind markante Beispiele für das wachsende Bewußtsein. Immer mehr wird erkannt: Nur die Einheit der demokratischen Kräfte ist der Garant, daß der am 25. April 1974 begonnene Weg gesichert und im Interesse der Werktätigen fortgesetzt werden kann.

Antidemokratische Revision der Verfassung verhindern

Bei den politischen Auseinandersetzungen in Portugal spielt gegenwärtig der Kampf gegen eine gesetzwidrige Verfassungsrevision eine wachsende Rolle. Die PKP tritt dafür ein, daß diese Schlacht nicht nur im Parlament geschlagen wird, sondern daß sie ein fester Bestandteil und eine zentrale Kampffront der gesamten Volksbewegung werden muß. Vom Ausgang dieses Kampfes hängt in großem Maße die Zukunft der portugiesischen Demokratie ab.

In dem 1976 angenommenen Grundgesetz sind große Errungenschaften des portugiesischen Volkes verankert. Das betrifft die Agrarreform, die Nationalisierungen sowie Rechte und Freiheiten der Bürger. Ohne Illusionen über den Charakter der bürgerlichen Demokratie zu haben, sind sich die Kommunisten und andere demokratischen Kräfte dessen bewußt, daß es leichter ist, ihre Interessen zu verteidigen, wenn das Gesetz auf ihrer Seite ist.

Die PKP ist grundsätzlich der Ansicht, daß die Verfassung in ihren hauptsächlichsten Aussagen den gegenwärtigen historischen Bedingungen des Landes entspricht. Die rechten Parteien und rechtsopportunistische Kräfte treten jedoch

unter dem Vorwand der Beseitigung der „ideologischen Bürde“ für eine radikale Revision des Grundgesetzes ein. Wie schon in der bisherigen Regierungspraxis, streben sie eine Verfassungsrevision an und stellen die demokratischen Errungenschaften in Frage. Änderungen bedürfen aber einer Zwei-Drittel-Mehrheit der Parlamentsabgeordneten, und die Parteien der „Demokratischen Allianz“ haben nur die einfache Mehrheit. Sie hoffen jedoch, daß die fehlenden Stimmen von der Sozialistischen Partei kommen werden.

Die Portugiesische Kommunistische Partei ist sich der Aufgaben bewußt, die ihr aus der komplizierten Lage im Lande erwachsen. Das ZK der PKP faßte zu Beginn des Jahres den Beschluß, zu Ehren des im März 1981 begangenen 60. Jahrestages der Partei verstärkte Anstrengungen zur weiteren Verbesserung der politischen, ideologischen und organisatorischen Arbeit und zur Erweiterung des Masseneinflusses zu unternehmen. Eine erste Bilanz zeigt, daß der Beschluß mit großem Elan erfüllt wird: Viele neue Mitglieder wurden gewonnen, in zahlreichen Betrieben entstanden neue Grundorganisationen, neue Arbeitszentren wurden errichtet.